

Linzer Ostumfahrung „frühestens 2025“

Die geplante Linzer Ostumfahrung steht „frühestens 2025 zur Diskussion, aber wahrscheinlich später“. Das sagte der zuständige LH-Stv. Franz Hiesl (ÖVP), der am Donnerstag zehn betroffene Gemeinden und acht Bürgerinitiativen zu einem runden Tisch lud.

Das Thema Ostumfahrung beschäftigt Linz und Oberösterreich seit langem: 2004 gab es im Gemeinderat einen einstimmigen Beschluss dafür. Mit Verspätung - laut Hiesl, um den ebenfalls angedachten Linzer Westring nicht zu gefährden - fiel im Oktober 2011 der Startschuss für die Planung. Das Ergebnis des Treffens am Donnerstag, bei dem „Anliegen und Sorgen“ besprochen werden sollten: zwei Trassenfavoriten, aber laut Landesplaner keine optimale Lösung.

„Wir stehen in keiner Weise unter Druck“

Seitdem fanden acht Regionskonferenzen statt, rund 160 Stellungnahmen von Kommunen und Bürgern wurden berücksichtigt, in den kommenden Monaten stehen zwei weitere Konferenzen an. Dabei hatte Hiesl geplant gehabt, die endgültige Trasse bereits vergangenen Mai zu präsentieren. „Wir stehen in keiner Weise unter Druck“, sagte er nun.

Zwei Korridore übrig

„Eine optimale Variante gibt es noch nicht“, so Günther Knötig von der Direktion für Landesplanung. Übrig seien zwei Korridore, ein stadtnaher mit sieben möglichen Verläufen und ein stadtferner mit zwei Verläufen, sagte der LH-Stv. Je näher an der Stadt die Ostumfahrung sei, desto mehr Entlastung gebe es.



Foto/Grafik: ORF

Hiesl verwies darauf, dass man auf der Voest-Brücke am Stadtrand täglich rund 100.000 Fahrzeuge zähle - „Tendenz stark zunehmend“. Von einer Umfahrung würden die Pendler, die Wirtschaft und der ländliche Raum profitieren. Man brauche diese Verbindung und den öffentlichen Verkehr in Kombination, betonte Knötig.

„Nullvariante muss Option sein“

Für die oberösterreichischen Grünen „muss auch eine Nullvariante eine Entscheidungsoption sein“, so Verkehrssprecherin Ulrike Schwarz in einer Aussendung. Es habe sich herausgestellt, dass bei allen möglichen Varianten die Beeinträchtigungen für die Gemeinden unzumutbar seien. „Darüber hinaus ist die Verkehrswirksamkeit massiv zu hinterfragen.“

Aus allen Kommunen komme „ein klares Nein“, der Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) sowie die städtische FPÖ und die ÖVP jedoch würden eine Umfahrung im Bereich von Urfahr bis Ebelsberg akzeptieren, so Schwarz. Sie pocht auf die Umsetzung von Projekten des öffentlichen Verkehrs.

Lösungsansätze erarbeiten

Bürgermeister Luger ortete hingegen nach dem runden Tisch „erste zielführende Ergebnisse“. Konsens bestehe dahingehend, dass nun alle eingebrachten Einwände detailliert geprüft werden müssen. „Wenn Menschen und Umwelt betroffen sind, muss man sich Zeit nehmen, um alle Anliegen genau zu prüfen“, betonte er in einer Aussendung. Bis zu den nächsten Konferenzen sollten die Einwände verdichtet, bestehende Lösungsansätze herausgearbeitet sowie zusätzliche Planungen und Abstimmungen vorgenommen werden. Es gehe darum, die Verunsicherung der betroffenen Bevölkerung zu senken, so Luger.

Publiziert am 09.10.2014